



# Politiker im SMS-Gewitter

Schweizer Jugendliche werden staatlich ermuntert, Parlamentarier zu belästigen.

## Antonio Cortesi

Toni Bortoluzzi regt sich auf. «Diese Studenten sollen zuerst einmal richtig ‚chrampfen‘, bevor sie einen mit solchen SMS-Botschaften belästigen», poltert der Zürcher SVP-Nationalrat. Er wird noch deutlicher: «Eine verdammte Schweinerei ist, dass diese Politpropaganda noch mit Steuergeldern finanziert wird.»

Was ist passiert? Seit Tagen erhalten Bundesparlamentarier gehäuft Protest-SMS von jungen Mitbürgern. Im Visier steht die Revision der Arbeitslosenversicherung. Diese steht Dienstag im Nationalrat zur Debatte. Setzen sich die Bürgerlichen durch, wird das Taggeld der Jungen unter 25 Jahren massiv gekürzt: von 400 auf 130 Franken.

Dass sich die Jungen wehren, ist verständlich. Allerdings tun sie das nicht ganz aus eigenem Antrieb, sondern gewissermas-

sen behördlich gesteuert. Hinter dieser Protestaktion steckt nämlich die Eidgenössische Kommission für Kinder und Jugendfragen, die dem neuen FDP-Bundesrat Didier Burkhalter unterstellt ist. Die Kommission hat im Internet die Seite [www.sms-jugendarbeitslosigkeit.ch](http://www.sms-jugendarbeitslosigkeit.ch) aufgeschaltet. Darauf findet sich eine Anleitung für Protestnoten Jugendlicher - inklusive Handynummern fast aller Nationalräte.

«So einfach gehts», steht da. Und dann: «1. Parlamentsmitglieder, an die du schreiben möchtest, aus der Liste auswählen. 2. Nachricht verfassen. 3. Vor dem 8. Dezember 2009 SMS abschicken.» Mitgeliefert wird auch eine Liste Musterbotschaften. Zum Beispiel: «Meine Lehre ist etwas wert.» Oder: «Arbeitslos sein ist nicht cool.»

Der Leitfaden richtet sich an alle Jugendlichen. Doch Borto-

luzzi wurde, wie er beteuert, nur von Studierenden der Uni und ETH telekommunikativ terrorisiert. «Ausgerechnet jene, die noch keinen Franken in die Arbeitslosenkasse einbezahlt haben, reissen hier das Maul auf», sagt er. «Die Jungen in meiner Schreinerei hätten für so einen Blödsinn gar keine Zeit.»

Bortoluzzi will wissen, wie viel die Aktion koste. Die Antwort darauf: Die Aktion habe nur rund 1000 Franken gekostet, sagt Jean-Christoph Schwaab, Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds und Mitglied der Jugendkommission.

Gestört hat die Aktion nicht alle Parlamentarier. «Ich erhalte jeden Tag ähnliche SMS und Mails», sagt der Zürcher SP-Nationalrat Mario Fehr. Darunter viele von Bauern, was durchaus in Ordnung sei, obwohl diese ebenfalls Bundessubventionen erhielten.